

NEUE HILFE NACH EINEM FEMIZID

In Chile gewährt der Staat minderjährigen Kindern eine Rente, wenn deren Mutter Opfer eines Femizids wurde. Ein wichtiger Schritt für die Frauenrechte. Allerdings ist das bloss ein Etappensieg in einem endlosen Kampf, der Jahrzehnte zuvor begonnen hat.

Florencia Figueroa

Am 19. Dezember gedenkt Chile eines tapferen Mädchens. Gleichzeitig ist es ein Erinnerung an ein Verbrechen. Denn an diesem Tag vor 18 Jahren wurde die sechsjährige Javiera Neira Oportus umgebracht – von ihrem Vater. Eigentlich hatte er es auf die Mutter abgesehen, die sich wegen verbaler und physischer Gewalt von ihm getrennt hatte. Das passte dem Mann nicht, weshalb er auf die Frau losging. Weil das Kind seiner Mutter zur Hilfe eilte, warf der Vater es aus dem Fenster.

Seit 2006 treibt die Wut über diese Übeltat Hunderte von Menschen jeden 19. Dezember auf die Strasse. Es geht darum, das Verbrechen als das sichtbar zu machen, was es ist: ein Femizid, wenn auch ein unvollendeter, weil die Mutter überlebte. Der Tod der Tochter wird in diesem Kontext vom Vater quasi als «Kollateralschaden» in Kauf genommen. Doch was ist ein Femizid? Dazu muss man wissen: Gewalt gegen Frauen und Mädchen hat viele Gesichter. Sie tritt in Form von psychischer, körperlicher oder sexueller Gewalt auf und weist auf die

Kontrolle des Mannes über die Frau hin. Ein Femizid ist die extremste Variante von Gewalt gegen alles Weibliche, weil es sich um die gezielte Tötung von Frauen und Mädchen aufgrund ihres Geschlechts handelt. Unfassbar ist: Verübt werden Femizide meist von Männern aus dem engen Familienkreis: Partner, Vater, Bruder. Und dies passiert überall – ungeachtet der ethnischen Zugehörigkeit, der Religion oder des kulturellen Hintergrundes. Lateinamerika ist allerdings eine der davon am stärksten betroffenen Regionen weltweit.

Unsichtbare Femizide in der Schweiz

Gemäss UN sterben in Lateinamerika jeden Tag zwölf Frauen infolge eines Femizids. Angesichts dieser erschreckenden Realität formierte sich 2015 von Argentinien aus die feministische Bewegung «Ni una menos» (Keine mehr), die ganz Lateinamerika erfasste und sich bis nach Europa ausbreitete. Dass die chilenische Regierung 2020 den 19. Dezember per Gesetz zum nationalen Gedenktag erklärte, ist allerdings der einheimischen feministischen Bewegung zu verdanken. Daran liessen die Behörden keinen Zweifel. So soll der Tag ebenfalls «dem Beitrag der feministischen Bewegung in unserem Land zur Beendigung der Gewalt gegen Frauen Anerkennung zollen».

Einen der ersten bedeutenden Erfolge verbuchte die feministische Bewegung, die in Chile inzwischen als stark und wachsend gilt, bereits 2010. Denn damals wurde der Tatbestand «Femizid» per Gesetz als Mord an Frauen durch den Ehemann oder Partner festgeschrieben. Ein Fortschritt, wenn man bedenkt, dass in vielen europäischen Ländern keine

strafrechtliche Definition von Femizid existiert. In der Schweiz gilt die Tat häufig nur als Totschlag, obwohl hier jede zweite Woche eine Frau getötet wird, weil sie eine Frau ist. Kurzum: Es gibt auch in der Schweiz Femizide, sie werden aber als solche oft einfach nicht registriert. Doch zurück nach Chile. Dort legte die feministische Bewegung 2019 schnell an Tempo zu. Damals wollten die Behörden die Fahrkartenpreise für den ÖV erhöhen, was Protestwellen nach sich zog. Diese mündeten in eine nationale Bewegung, die die Schere zwischen Arm und Reich im Land bemängelte.

Mit aller Härte ging die Polizei gegen alle Demonstrierenden vor – mit einem «winzigen» Unterschied: Die weiblichen Demonstranten sahen sich zusätzlich mit sexuellen Übergriffen konfrontiert. Sie seien auf der Polizeiwache entkleidet, mit Waffen missbraucht oder vergewaltigt worden, wie Menschenrechtsorganisationen schockiert berichteten: Nie habe man geahnt, dass man in Zeiten von Demokratie auf solche Fälle stossen würde.

Etwas Gutes konnte man dem Ganzen aber abgewinnen: Die Vorfälle erbrachten den Beweis, dass Gewalt gegen Frauen nicht etwas ist, was nur im Privaten geschieht, sondern in strukturelle Machtverhältnisse eingebettet ist, durch die die Frauen per se benachteiligt werden. Demnach ist Gewalt gegen Frauen – und damit auch der Femizid – ein gesamtgesellschaftliches Problem, das durch fehlende Gleichberechtigung, stereotype Rollenbilder und toxische Männlichkeit entsteht. Doch statt die Gewalt gegen Frauen zu benennen, wird sie oft verharmlost, wie zum Beispiel in der



Foto: Wikimedia

Demonstration gegen Gewalt an Frauen in Zürich 2021.

Schweiz, wo Gewalt gegen Frauen nicht als solche wahrgenommen wird, weil es den Tatbestand offiziell nicht einmal gibt.

Stattdessen ist im Zusammenhang mit Gewalt gegen Frauen von «häuslicher Gewalt», «Eifersuchtsdramen» oder «Familientragedien» die Rede. Allerdings, so betonen Menschenrechtsorganisationen, würden diese Ausdrücke suggerieren, dass Geschlecht und Machtverhältnisse keinen Einfluss hätten. Gewalt gegen Frauen wird somit zu einem schicksalhaften Einzelfall reduziert, was wiederum das wahre Ausmass dieses Phänomens verschleiert.

«Der Vergewaltiger bist du!»

In Lateinamerika kommt erschwerend noch der Unwille der Behörden hinzu, solche Verbrechen gegen Frauen und Mädchen aufzuklären und zu bestrafen. So enden in Chile laut Menschenrechtsorganisationen gerade mal acht Prozent aller angezeigten Vergewaltigungsfälle mit einer Verurteilung der Täter. ▶

WARUM DER BEGRIFF «FEMIZID»?

Eines vorweg: Es gibt viele Definitionen von Femizid. Ihnen gemeinsam ist, dass sie mit Femizid – eine Konstruktion aus Femina (Frau) und caedere (töten) – die Tötung von Frauen wegen ihres Geschlechts meinen. Wichtig: Nicht jeder Frauenmord ist ein Femizid, sondern der Begriff gilt nur für jene, bei denen es um Macht, Kontrolle und Besitzansprüche gegenüber der Frau geht. Es trifft zwar zu, dass auf der Welt mehr Männer getötet werden als Frauen. Allerdings handelt es sich dabei eher um Zufallsopfer, nicht um eine gezielte

Tötung. Kurz erklärt: Männer werden selten getötet aufgrund der Tatsache, dass sie Männer sind (Androzid). Bei Frauen ist die Situation eine andere. Deshalb braucht es den Begriff «Femizid», weil so offenkundig wird, wie oft es zu einem gezielten Frauenmord kommt. Laut der Istanbul-Konvention sind Länder, die die Konvention unterschrieben haben, dazu angehalten, Daten über Gewalt gegen Frauen zu sammeln, damit ihr Ausmass ersichtlich wird. Jedoch setzen viele Länder das nicht um – auch die Schweiz nicht.



Foto: Wikimedia

Grund genug für die Chileninnen, sich endlich zur Wehr zu setzen. So kam es dazu, dass im Zuge der Demonstration, die sich an den hohen Fahrkartenpreisen entzündet hatte und an der der sexuelle Übergriff seitens der Polizei aufgedeckt wurde, das feministische Kollektiv «Las Tesis» (die Thesen) die Performance «Un violador en tu camino» (Ein Vergewaltiger auf deinem Weg) entwickelte. Der Tanz war ursprünglich Teil eines Theaterstücks, das Vergewaltigung und Straffreiheit von Sexualstraftätern thematisiert und zu jenem Zeitpunkt noch unvollendet war. Da sich 2019 aber zeigte, wie dringend das Thema «Gewalt gegen Frauen» in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt werden muss, weil selbst die Polizei nicht davor haltmacht, beschloss das Kollektiv, den zweiminütigen Tanz aus dem Theaterstück auszukoppeln. Alle Chileninnen waren dazu eingeladen, auf der Strasse diesen Tanz aufzuführen. Tausende folgten dem Aufruf, um sich über ein System zu beschweren, das das Weibliche unterdrückt. Während der Performance schmetterten die Frauen ihren Peinigern anklagende Sätze entge-

gen wie «Der Vergewaltiger bist du!» und: «Es war nicht meine Schuld, egal, wo ich war oder was ich trug!» Damit verurteilen sie Victim Blaming, bei dem die Opfer statt der Täter für die Übergriffe verantwortlich gemacht werden.

Ein Tanz geht um die Welt

Auch der Staat mit seinen männlich geprägten Strukturen, die weder Frauen beschützen noch Bedingungen schaffen, um ihre Sicherheit zu gewährleisten, bekommt sein Fett weg: «Es sind die Bullen. Die Richter. Der Staat. Der Präsident.» Bei jedem Wort gingen die Frauen in die Knie und nahmen die Hände hinter den Kopf – eine Anspielung darauf, dass Frauen auf der Polizeiwache genötigt wurden, nackt Kniebeugen zu machen.

Tatsächlich war die Performance derart erfolgreich, dass sie selbst ausserhalb Chiles wahrgenommen wurde. Mittlerweile wird der Tanz nicht nur in ganz Lateinamerika aufgeführt, sondern ebenso in den USA und in Europa. Nie hätte das Kollektiv angenommen, dass seine Performance weltweit Zuspruch

finden würde. Glücklich darüber ist «Las Tesis» nicht. Denn das macht lediglich deutlich, wie sehr die Frauen überall unter der männlichen Vorherrschaft leiden. In Chile werden die Hilfeschreie immerhin zunehmend gehört, sodass der Staat nachziehen muss und regelmässig neue Gesetze zum Schutz von Frauen verabschiedet. 2020 zum Beispiel wurde der Tatbestand des Femizids erweitert. Anlass dafür war, dass 2018 Gabriela Alcaino von ihrem Expartner vergewaltigt und ermordet wurde. Danach tötete er ihre Mutter. Doch weil der Tatbestand «Femizid» nur dann als solcher anerkannt wurde, wenn der Täter ein Ehemann, ein ehemaliger Partner oder aktueller Freund des Opfers war, wurde der Mord an Gabrielas Mutter nicht als Femizid ausgewiesen. Das löste einen Aufschrei in der Gesellschaft aus, weshalb die gesetzliche Regelung schliesslich angepasst werden musste.

Wollen Frauen missbraucht werden?

Das Gesetz «Gabriela» wertet nun alle Tötungsdelikte an Frauen als Femizid, wenn sie aus Hass-, Verachtungs- oder



An einer Aktion in Buenos Aires halten Frauen Banner mit den Namen von ermordeten Frauen – für jeden Monat eines.

Missbrauchsmotiven in Bezug auf das Geschlecht geschehen. Hierfür können hohe Gefängnisstrafen von 15 Jahren bis lebenslänglich verhängt werden.

Auf den ersten Blick wirkt das fortschrittlich. Zunichte gemacht wird dieser Eindruck durch den Fakt, dass die Frauenrechte teilweise noch unterentwickelt sind. Unter anderem ist die körperliche Selbstbestimmung eingeschränkt, weil Chileninnen nur dann abtreiben dürfen, wenn das Leben der Mutter oder des Kindes ernsthaft gefährdet oder wenn die Schwangerschaft die Folge einer Vergewaltigung ist. Überdies verurteilt die chilenische Gesellschaft Gewalt gegen Frauen nach wie vor unzureichend. Ein bedrückendes Beispiel dazu gab der einstige Präsident Sebastián Piñera, als er das Gesetz «Gabriela» vorstellte mit den Worten: «Es geht nicht nur um die Missbrauchsbereitschaft von Männern, sondern desgleichen um den Willen der Frauen, missbraucht zu werden.» Aber seit 2022 ist Sebastián Piñera nicht mehr im Amt und die Regierung unter dem Präsidenten Gabriel Boric hat versprochen, sich für die Frauenrechte starkzumachen. Unter diesem Aspekt ist auch das Gesetz 21.565 zu verstehen, das im April 2023 verabschiedet wurde. Es handelt sich um ein Rechtsinstrument, das darauf abzielt, umfassenden Schutz für Opfer eines versuchten Femizids

zu gewährleisten sowie Wiedergutmachung zu leisten für die Nachkommen einer Frau, die Opfer eines vollendenden Femizids wurde.

Spanien als Vorreiter

Zum Schutz der Frauen, die Opfer eines versuchten Femizids wurden, gehört, dass Arbeitgeber ihnen weder kündigen noch Informationen über sie preisgeben dürfen. Daneben müssen sie akzeptieren, wenn Frauen wegen polizeilicher Untersuchungen oder Gerichtsterminen der Arbeit fernbleiben.

Ein richtungsweisender Schritt ist dieses Gesetz ansonsten insoweit, als minderjährige Kinder einer durch einen Femizid umgekommenen Mutter vom Staat eine Rente erhalten. In der Schweiz hingegen existiert zwar die Opferhilfe, die Entschädigung, Genugtuung, Verfahrenskosten und die Dienstleistung Dritter, wie zum Beispiel einen Psychiater, bezahlt, wenn der Täter nicht dafür aufkommen kann. Doch ist die Schweizerische Opferhilfe erstens nicht auf Femizide fokussiert und zweitens in ihren Möglichkeiten begrenzt. Wie SRF und der Beobachter berichten, zahle sie obendrein immer weniger aus. Wenn also Menschenrechtsorganisationen griffigere Gesetze sowie verstärkte Aufklärungs- und Präventionsarbeit fordern, dann nicht ausschliesslich für Lateinamerika,

sondern auch für den Rest der Welt. Dass es anders geht, zeigt just das mit einem Machoimage behaftete Spanien. Dort werden schon seit Jahren Daten zu geschlechtsspezifischer Gewalt systematisch gesammelt, von Beleidigungen bis hin zu körperlicher Gewalt. Zudem gilt in Spanien das «Ja-heisst-Ja»-Gesetz. Und Femizide werden härter bestraft, als wenn ein Mann einen Mann oder eine Frau einen Mann ermordet. Ferner müssen Gewalttäter, die potenzielle Opfer gefährden, GPS-Armbänder tragen. Diese Massnahmen mögen übertrieben wirken. Aber seither würden Femizide zurückgehen, sagen die spanischen Behörden. ■

FEMIZIDE WELTWEIT

Laut einem Bericht der UN nahmen 2022 Femizide weltweit zu, obwohl die Anzahl der Tötungsdelikte insgesamt zurückging. Zu den Gründen für diese Entwicklung nennen Menschenrechtsorganisationen unter anderem die Krise der Geschlechterordnung: Weil Frauen vermehrt autonom werden und in der Gesellschaft vorrücken, fühlen sich manche Männer in ihrer traditionellen Rolle bedroht.

Auftritt mit dem Protestanz «Un violador en tu camino» in Mexiko City 2019.



Foto: Wikimedia